

## **Woher kommt der (Juden-)Hass?**

### **A. Anlass**

Am 9. Oktober 2019 erschütterte ein Ereignis die Stadt Halle an der Saale, (fast) ganz Deutschland – und auch mich. Ein 27-jähriger Deutscher versuchte am höchsten jüdischen Feiertag, Jom Kippur (= Versöhnungsfest), während des Gottesdienstes unter Einsatz von Sprengstoff und Schusswaffengewalt in die Synagoge der Stadt einzudringen – wie er später bei seiner Vernehmung durch die Bundesanwaltschaft zugab, um „möglichst viele Juden zu töten“. Da jedoch die Eingangstür des Gotteshauses diesen Attacken standhielt, erschoss er im weiteren Verlauf zwei völlig unbeteiligte Menschen, die zufällig seinen Weg kreuzten, bevor er auf seiner Flucht in einen Verkehrsunfall verwickelt wurde und in der Folge festgenommen werden konnte.

Was veranlasst mich nun, mir hierzu Gedanken zu machen und diese niederzuschreiben? Zunächst einmal: Von Deutschland ging eines der schwersten Verbrechen der Menschheitsgeschichte aus – die Ermordung von ca. sechs Millionen Juden. Aber in dieser Zeit (die insgesamt zwölf Jahre andauerte) wurden nicht nur Juden, sondern auch Angehörige anderer mit Vorurteilen bedachter Gruppen ermordet: Sinti und Roma, Homosexuelle – und nicht zuletzt Menschen mit Behinderung, weil ihr Leben als „lebensunwert“ angesehen wurde. Und zu dieser letztgenannten Gruppe von Menschen gehöre ich. Ganz abgesehen davon, dass in den Tagen seit der beschriebenen Tat – wieder einmal – das Argument laut wird, Antisemitismus (weil ich diesen Begriff in der Überschrift nicht benutzt habe, werde ich noch erläutern) sei nicht nur ein Angriff auf jüdisches Leben in Deutschland, sondern auch auf die Demokratie, sehe ich, dass diese Tat auch Ausdruck eines *allgemeinen* Hasses und einer *allgemeinen* Verrohung ist, die sich gegen alles zu richten drohen, was als „anders“ begriffen werden kann – und das sind eben auch Menschen mit Behinderung.

## B. Persönliche Vorbemerkungen

1. Ich stehe zu der Auffassung, dass die Verbrechen, die von Deutschland in der Zeit des so genannten „Dritten Reichs“ ausgegangen sind, niemals vergessen und niemals verharmlost werden dürfen. Wer diese Zeit als einen „Vogelschiss der Geschichte“ zu bezeichnen wagt, macht sich einer geradezu unerträglichen Verharmlosung schuldig. Wenn ein Mensch in Deutschland dennoch die Partei wählt, für die der Urheber dieses Satzes Stand heute (21.10.2019) immer noch im Deutschen Bundestag sitzt und sogar als Fraktionsvorsitzender fungiert, so macht er sich an den Folgen mitschuldig, die sich möglicherweise aus diesem Satz, aber noch viel mehr aus der dahinterstehenden Geisteshaltung ergeben. Weil ich der so genannten „nachgeborenen Generation“ angehöre, kann ich mir selbstverständlich keine Schuld an diesen Dingen zuweisen lassen und darf auch das „deutsche Volk“ (was immer das nun genau sein mag) nicht mit Mitverantwortung oder gar Schuld belasten, soweit es sich um Menschen handelt, die hieran wegen des Zeitpunkts ihrer Geburt keine Mitverantwortung und somit Schuld tragen können. Wohl aber kann nach meiner Überzeugung erwartet werden, dass man ob dieser Verbrechen Scham empfindet und die Erinnerung an sie wachhält, damit sie sich niemals wiederholen können. Dies scheint mir jedoch mehr und mehr verloren zu gehen, und das erfüllt mich mit großer Sorge.
2. Persönlich habe ich eine große Vorbehalte gegenüber Religion(en). Das Leben einer Religion mag für den einzelnen Menschen (möglicherweise sogar existenziell) wichtig und zur Gestaltung eines „erfüllten Lebens“ unerlässlich sein. Aus gesellschaftlicher Sicht allerdings empfinde ich die Entwicklung (und damit die Anwesenheit) von Religionen als mindestens problematisch. Leider scheint es ein Wesenszug von Religion zu sein, dass ihre jeweiligen Anhänger von ihrer Überlegenheit gegenüber anderen Religionen überzeugt sind, was nahezu zwangsläufig zu Konflikten führen muss (bis in die Gegenwart sind hieraus Kriege entstanden). Da aber nun einmal eine Vielzahl von Religionen im wahrsten Sinn des Wortes „in der Welt sind“ (und, wie erwähnt, jedenfalls für den einzelnen Menschen durchaus von existenzieller Bedeutung sein können), muss ihre Ausübung ohne Wenn und Aber toleriert werden. Dies muss jedenfalls so lange gelten, wie hierdurch die Freiheit und die Grundrechte anderer Menschen (und insbesondere Angehöriger anderer Religionen) nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Folglich stehe ich in vollem Umfang zu der vom Grundgesetz garantierten Religionsfreiheit.

3. Aufgrund der bereits erwähnten Ereignisse in der deutschen Geschichte wird bei kritischen Betrachtungen zum Thema „Judenhass“ und insbesondere „Israel“ sehr schnell der Vorwurf des „Antisemitismus“ erhoben. Weil ich mich diesem Vorwurf keinesfalls aussetzen möchte, habe ich mir vor Beginn dieser Arbeit den Artikel zu diesem Stichwort auf der deutschen „Wikipedia“ angesehen. Dort ist u.a. Folgendes zu lesen: „Als **Antisemitismus** werden heute alle Formen von **Judenhass**, pauschaler **Judenfeindschaft**, **Judenfeindlichkeit** oder **Judenverfolgung** bezeichnet. Der Ausdruck ... entwickelte sich nach dem Holocaust zum Oberbegriff für alle Einstellungen und Verhaltensweisen, die Einzelpersonen oder Gruppen aufgrund ihrer angenommenen oder realen Zugehörigkeit zu ‚den Juden‘ negative Eigenschaften unterstellen. Damit werden Ausgrenzung, Abwertung, Diskriminierung, Unterdrückung, Verfolgung, Vertreibung bis hin zur Vernichtung jüdischer Minderheiten (Völkermord) gefördert, vorbereitet und/oder gerechtfertigt.“ – Nach dieser Definition sollte klar sein, dass es erlaubt sein muss, zur Erörterung eines Sachverhalts kritische, sich aus Tatsachen ergebende Fragen zu stellen. Zudem sollte mit dieser Definition das Missverständnis aus der Welt geschafft sein, Kritik an der Politik des Staates Israel sei gleichzusetzen mit „Antisemitismus“. Wenn ich mich zu der Politik dieses Staates kritisch äußere bzw. dieser kritisch gegenüberstehe (was erlaubt sein muss), dann bedeutet dies nicht, dass ich die Vernichtung dieses Staates und des in ihm lebenden „israelischen Volkes“ (der Begriff ist eigentlich eine Illusion, weil es sich um eine Glaubensgemeinschaft, aber nicht um ein Volk im eigentlichen Sinne handelt) fordere oder Gewalttaten oder Diskriminierungen gegenüber einzelnen Gliedern dieses „Volkes“ (dieser Glaubensgemeinschaft) in irgendeiner Weise gutheiße. Weil dem Wikipedia-Artikel aber auch zu entnehmen ist, dass der Begriff „Antisemitismus“ das eigentliche Thema dieser Arbeit, den Judenhass, jedenfalls historisch nicht unbedingt korrekt abbildet, habe ich ihn in der Überschrift nicht verwendet.

## C. Das Problem

Nachdem nun der Anlass für diese Ausarbeitung beschrieben wurde und durch persönliche Vorbemerkungen die aus meiner Sicht notwendigen Klarstellungen (hoffentlich) erfolgt sind, komme ich zum eigentlichen Thema. Wichtig ist mir zunächst einmal die Feststellung, dass ich das Leben eines Menschen für das höchste Gut auf diesem Planeten halte. In diesem Zusammenhang ist weiterhin festzuhalten, dass es – entgegen früherer (unheilvoller) Auffassungen (treffender wäre es hier wohl, von „Ideologien“ zu sprechen) – keine Menschen„rassen“ gibt. Es gibt auf dem Planeten

Erde nur *eine* menschliche Rasse: den homo sapiens. Alle sich aus Herkunft, Hautfarbe oder (ohnehin völlig abwegig) Glauben bzw. Religion ergebenden Unterschiede rechtfertigen es folglich nicht, von „Rassen“ von Menschen zu sprechen. Leider haben es diese objektiven Erkenntnisse der Wissenschaft anscheinend immer noch sehr schwer, sich in den Gehirnen mancher Menschen durchzusetzen.

Wenn es also so ist, dass es – bei allen Unterschieden im Aussehen, in den Auffassungen und den Bräuchen von Menschen, die nicht unwesentlich durch deren Herkunft bedingt sind – nur eine einzige „Rasse“ von Menschen gibt, was bedeuten sollte, dass alle Menschen gleich viel wert sind, woher rührt dann die offenbar weit verbreitete Auffassung, dass bestimmte Menschen (und damit auch ihr Leben) weniger wert seien als andere (die „überlegene weiße Rasse“ oder [im nationalsozialistischen Sprachgebrauch] „Herrenmenschen“)? Und was macht insbesondere Juden zur Zielscheibe des Hasses?

Einige Erklärungen bietet der Film „Exodus? – Eine Geschichte der Juden in Europa“ von Christopher Clark, der nach seiner Erstausrahlung am 04.11.2018 im ZDF am 12. Oktober 2019 zusammen mit der Serie „Die Wahrheit über den Holocaust“ auf ZDFinfo (zufällig?) in zeitlichem Zusammenhang mit dem Hallenser Attentat erneut ausgestrahlt wurde.<sup>1</sup> Aus ihm wird etwa deutlich, dass die Juden in Europa zunächst durchaus gleichberechtigte Bürger waren. Bald werden sie jedoch aus den christlichen Handwerkszünften ausgeschlossen. Da sie nun nicht mehr als Handwerker tätig sein können, Christen aber andererseits das Verleihen von Geld gegen Zinsen verboten ist, stoßen die Juden (eher notgedrungen, denn von irgendetwas müssen sie ja leben) in diese Lücke. Sie verleihen Geld (gegen Zinsen, weil sie nicht von allen Schuldnern das geliehene Geld zurückbekommen und diese Verluste selbstverständlich irgendwie ausgleichen müssen) erfolgreich selbst an Herrschaftshäuser. Dieser Erfolg führt später zum Klischee des „geldgierigen Juden“. Sie wurden also zunächst aus einem Metier, in dem sie zuvor erfolgreich waren (dem Handwerk) verdrängt und in eine vorhandene Nische (das Geldverleihen) geschoben; der darin (notwendig) erzielte Erfolg wird ihnen anschließend (aus Neid) zum Vorwurf gemacht.

Hinzu kommen religiöse Aspekte: Juden haben laut christlichem Evangelium den Begründer des Christentums, Jesus Christus, dem römischen Statthalter Pontius Pilatus ausgeliefert, was zu seiner Kreuzigung und seinem Tod führte; folglich gelten sie (bis in die Neuzeit hinein) als „Christusmörder“ (selbst Martin Luther fordert in

---

<sup>1</sup> Der Film kann unter <https://www.zdf.de/dokumentation/terra-x/exodus-eine-geschichte-der-juden-in-europa-100.html> mit zusätzlichen Informationen noch bis zum 04.11.2028 in Deutschland, Österreich und der Schweiz abgerufen werden.

seinen Schriften noch ihre „Ausrottung“). Als dann noch ab 1347 in Europa die Pest ausbricht, werden Juden als „Brunnenvergifter“ (und damit Verursacher der Seuche) verdächtigt, was zur größten Vernichtungsaktion von Juden vor dem Holocaust führt. Zudem wird ihnen immer wieder vorgeworfen, als Minderheit ihrem Glauben treu zu bleiben und sich nicht zur „Heilslehre“ des Christentums bekehren zu wollen. Die Kaiser (die sie als Geldgeber brauchen) bemühen sich zwar darum, ihnen Schutz zu bieten, verlangen hierfür allerdings auch spezielle Abgaben.

Hoffnung keimt durch die Französische Revolution auf. Deren Ideen von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ führen zu einer (vorübergehenden) Beseitigung von Ungleichheiten zwischen den Menschen (zumindest den Europäern). In der Folge dieser „Aufklärung“ orientiert sich ein Teil der europäischen Juden in Richtung einer Modernisierung des Glaubens, während ein anderer Teil den traditionellen Vorstellungen verhaftet bleibt. Doch bald keimt erneut Nationalismus auf, verbunden mit erneuten Vorbehalten und Vorurteilen gegen Juden (in dieser Zeit erst entsteht der Begriff „Antisemitismus“). Wegen der immer stärker werdenden Ablehnung des Judentums entsteht schließlich die Vorstellung, die bald nach der Zerstörung des 2. Jerusalemer Tempels durch die Römer in alle Welt verstreuten Juden wieder in einem eigenen Staat zu vereinen. Diese wird – wie der Israeli Shlomo Sand in seinem Buch „Die Erfindung des Staates Israel – Mythos und Wahrheit“<sup>2</sup> beschreibt, zunächst eher von britischen protestantischen Christen als von Vertretern des Judentums entwickelt, später allerdings von letzteren aufgegriffen. Zudem wird in dem Buch beschrieben, dass eine durchaus nicht unerhebliche Umdeutung der theologischen Texte notwendig war, um Palästina als angestammte Heimstatt des jüdischen Volkes (auch dieser Begriff wird in dem Werk kritisch hinterfragt) ausweisen zu können.

In der Folge des neu aufkeimenden „Antisemitismus“ wird das Judentum letztlich als Verursacher aller als „schlecht“ angesehenen gesellschaftlichen Entwicklungen ausgemacht. So ist es zu erklären, dass die Juden für so gegensätzliche Strömungen wie Kapitalismus und Kommunismus gleichermaßen verantwortlich gemacht werden (dies wurde ja bekanntlich bereitwillig auch von Adolf Hitler und den Nationalsozialisten im Rahmen ihrer Rassenideologie aufgegriffen, um die „Endlösung der Judenfrage“ zu legitimieren), sie sollen zudem für die Entwicklung der Demokratie verantwortlich sein – und ohnehin „nach der Weltherrschaft streben“.

---

<sup>2</sup> erschienen bei Propyläen, ISBN 978-3-8437-0342-0, © der deutschsprachigen Ausgabe by Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin 2012

Obwohl sich alle diese Vorstellungen in keiner Weise historisch belegen lassen, setzen sie sich offenbar nach wie vor in den Köpfen jedenfalls einiger Menschen fest. Zu diesen gehörte ganz offenbar auch der Attentäter von Halle an der Saale. Wie aber ist es zu erklären, dass zum einen nach so furchtbaren Ereignissen wie dem Holocaust und zum anderen angesichts der Tatsache, dass dies alles nicht nur historisch nicht zu belegen, sondern im Gegenteil sogar *historisch zu widerlegen* ist, derartige Vorstellungen nicht nur in den Köpfen der Menschen halten, sondern sogar offensichtlich auch immer noch verbreiten können? Kann die Politik des Staates Israel eine Rolle spielen? Und als weitere Frage: Können religiös-psychologische Aspekte für eine jüdenfeindliche Einstellung (mit-)verantwortlich sein?

## D. Einschätzungen

1. Da die den Juden zur Rechtfertigung ihrer Verfolgung zugeschriebenen Eigenschaften entweder im Laufe der Geschichte geradezu provoziert wurden oder aber – in ihrer übergroßen Mehrzahl – jeglicher Realität entbehren, handelt es sich aus psychologischer Sicht schlicht und ergreifend um *Vorurteile*. Diese zeichnen sich nun aber dadurch aus, dass sie zwar recht leicht entstehen können; sind sie aber einmal entstanden, sind sie nur sehr schwer wieder aus der Welt zu schaffen, in die sie gesetzt wurden. Zu diesem allgemeinen Problem kommt seit einigen Jahren noch ein weiteres hinzu: Die Möglichkeiten des Internets. Hier können die abstrusesten Dinge „gepostet“ werden; selbst wenn die Inhalte strafrechtlich relevant sind, können die Urheber häufig nicht gerichtlich verfolgt werden (oder eine solche Verfolgung gestaltet sich extrem schwierig), und die „Posts“ bleiben über lange Zeit einsehbar. Zudem bewegen sich viele Nutzer des WorldWideWeb, die ohnehin in ihren Ansichten recht einseitig festgelegt sind, in so genannten „Blasen“; d.h., sie rufen ausschließlich oder nahezu ausschließlich Inhalte ab, die ihre bereits vorgefassten Ansichten und Meinungen bestätigen. Wenn sich nun aber Vorurteile schon einmal von vornherein nur schwer ausrotten lassen und dann auch noch in der beschriebenen Weise im „Netz“ nahezu ungehindert Verbreitung finden können, dann sollte klar sein, dass sie sehr schnell und einfach eine Radikalisierung eines Menschen (auch durchaus unbemerkt) bewirken können. („Unbemerkt“ bezieht sich zunächst einmal auf die Stellen, die staatlicherseits für die Sicherheit der Bürger zu sorgen haben, aber durchaus auch auf das persönliche und soziale Umfeld der jeweiligen Person, das möglicherweise den Behörden entsprechende Hinweise geben könnte.)

2. Der zweite oben genannte Faktor (das WorldWideWeb) spielt eine immer größere Rolle auch für den zweiten Schritt, der der Radikalisierung folgen muss, damit aus ihr eine Gefahr entsteht: von der Radikalisierung zur Gewalttat. Gerade bei dem Attentäter von Halle wird dies (sogar in zweierlei Hinsicht) deutlich. Zum einen kursieren im „Netz“ hinreichend Anleitungen, wie man mit frei verkäuflichen Grundstoffen Sprengstoff herstellen und Bomben bauen kann (der Hallenser Attentäter will sogar mittels eines 3-D-Druckers Waffen hergestellt haben), und viele der in Erscheinung getretenen Attentäter beschafften sich Waffen über das so genannte „Darknet“. Zum anderen werden potenzielle Attentäter über international agierende rechtsradikale Netzwerke zu Attentaten geradezu ermuntert (die nach erfolgter Tat dort auch noch „bewertet“ werden). Dies führt dann zu „Nachahmer-Effekten“; so hat der Hallenser Attentäter bei seiner Vernehmung durch die Bundesanwaltschaft ausgesagt, er habe sich von dem Attentat im neuseeländischen Christchurch im März dieses Jahres inspirieren lassen. (Seinerzeit war ein als rechtsradikal bekannter Australier während eines Gottesdienstes in eine Moschee eingedrungen und hatte dort 51 Menschen getötet und 50 weitere zum Teil schwer verletzt. Diese Tat hatte er mittels Helmkamera live ins Netz übertragen. Ebenso wollte der Attentäter von Halle verfahren.)
  
3. Die Juden<sup>3</sup> haben zweifellos eine unglaublich wechselvolle Geschichte durchlebt. Ursprünglich von woanders her kommend, hat Gott ihnen nach Abschluss des Bundes mit „seinem Volk“ das spätere Palästina als Heimstatt zugewiesen, von der sie allerdings erst einmal die dort ansässige Bevölkerung vertreiben mussten.<sup>4</sup> Nach der Zerstörung des 2. Jerusalemer Tempels im Jahr 70 durch die Römer konnten sie zunächst noch in Palästina bleiben, wurden jedoch nach dem so genannten Bar-Kochta-Aufstand nach 136 von dort vertrieben. In der Folge verteilten sie sich im Nahen Osten und Europa. Nach der Etablierung des Islam im 8. Jahrhundert gab es zunächst eine friedliche Koexistenz; später wurde das Verhältnis zwischen den Anhängern der beiden Religionen jedoch zunehmend feindlich. Ab dem 13./14. Jahrhundert waren sie auch in Europa immer wieder Verfolgungen ausgesetzt, die schließlich im Holocaust mit der Tötung von sechs Millionen Juden gipfelten. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde seitens der neu gegründeten Vereinten Nationen die Gründung des Staates Israel auf palästinensischem Gebiet vorangetrieben. Dies erfolgte wohl auch, nachdem sich während des Zweiten Weltkriegs herausgestellt hatte, dass nur wenige Länder bereit waren, die in Deutschland verfolgten und mit dem Tod bedrohten Juden

---

<sup>3</sup> Ich vermeide hier bewusst und aus gutem Grund den Begriff „das Volk Israel“ (s.o. B. 3., S. 3).

<sup>4</sup> So die Beschreibung in dem bereits erwähnten Buch von Shlomo Sand (vgl. Fn 2)

aufzunehmen. Das Bestreben, ihnen eine sichere Heimat zu bieten, war somit verständlich.

Dieses Gebiet war jedoch – genau wie bei der ersten Ansiedlung (s.o.) – bereits von anderen Menschen besiedelt: den arabisch-stämmigen Palästinensern. Dies war schon unmittelbar nach der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 ein Problem, weil bereits innerhalb des von den Vereinten Nationen diesem Staat zugewiesenen Gebietes Teile der bis dahin einheimischen Bevölkerung (zum Teil entschädigungslos) von ihrem angestammten Grund und Boden vertrieben wurden. Zudem vergrößerte der Staat in darauffolgenden Kriegen sein Staatsgebiet über die ihm von den Vereinten Nationen bei der Staatsgründung zugewiesenen Grenzen hinaus; dies geschah mit dem in dem bereits erwähnten Buch von Shlomo Sand beschriebenen Selbstbewusstsein, dass eigentlich die gesamte Region das „Haus Israel“ darstelle, die in der Vergangenheit (also seit der Vertreibung 136) ohnehin unrechtmäßig annektiert worden sei. Entsprechend unachtsichtig wurde mit der nunmehr einheimischen Bevölkerung verfahren: im Westjordanland wurden israelische Siedlungen gegründet, das Land wurde den Palästinensern meist entschädigungslos weggenommen, die Bevölkerung teils dauerhaft in Lagern untergebracht.

Die darauf folgenden Palästinenser-Aufstände führten zu derart unhaltbaren Verhältnissen, dass es in den 1980-er Jahren zu Bemühungen um eine Friedenslösung kam. Die Idee der so genannten „Zwei-Staaten-Lösung“ war geboren. Israel sollte im Westjordanland und einem kleinen Gebietsstreifen am Mittelmeer, dem so genannten Gazastreifen, einem palästinensischen Staat Raum geben. Da jedoch im Westjordanland inzwischen zahlreiche israelische Siedlungen entstanden waren und die dort ansässig gewordenen Juden nicht bereit waren (und heute weniger denn je zuvor bereit sind), diese aufzugeben, ist mittlerweile die „Zwei-Staaten-Lösung“ in weite Ferne gerückt. Die Palästinenser – durch religiös motivierte Organisationen getrieben – mögen sich mit dem ihnen aus ihrer Sicht (und wohl auch objektiv) angetanen Unrecht nicht abfinden und verüben immer wieder – auch tödliche – Anschläge auf Israelis, die von deren Staat mit oft unverhältnismäßig großer Härte vergolten werden.

Es stellt sich wohl nicht nur mir die Frage, was Menschen, deren Vorfahren so großes Unrecht angetan worden ist, treibt, ihrerseits nunmehr großes Unrecht an anderen zu begehen. Zwar wird man den Umgang Israels mit der palästinensischen Bevölkerung niemals mit dem Holocaust vergleichen dürfen; ein ungutes Gefühl aber bleibt – muss wohl bleiben. Dennoch: Kritik – berechnete Kritik – an der Politik des Staates Israel darf *niemals* zum Anlass von Angriffen auf Juden



genommen werden! Das muss selbst dann gelten, wenn in Deutschland lebende Juden diese Politik gutheißen. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Berechtigte Kritik an der Politik des Staates Israel (etwa wenn Menschenrechte verletzt werden) muss erlaubt sein. Sie darf aber nicht als Rechtfertigung für Übergriffe gleich welcher Art auf jüdische Mitbürger dienen, und sie darf nicht mit Antisemitismus verwechselt werden.

4. Gibt es andere Aspekte, die den Hass speziell auf Juden erklären könnten? Einen möglichen habe ich bereits angesprochen: Den aus christlicher Denkweise entstandenen Vorwurf, „Christusmörder“ zu sein. Soweit ich es überblicken kann, wird dieser Vorwurf seitens der christlichen Kirchen (jedenfalls was die offizielle Lesart angeht) heute nicht mehr erhoben. Andererseits ist der von verschiedenen Seiten erhobene Vorwurf zu berücksichtigen, die christlichen Kirchen (insbesondere die katholische Kirche) hätten sich in der Zeit des Dritten Reiches dem Holocaust nicht entschieden genug entgegengestellt. Da sie sich jedoch seit Ende des Zweiten Weltkriegs eher um Ausgleich und Verständigung mit den jüdischen Gemeinden bemühen, ist jedenfalls den offiziellen Vertretern der christlichen Kirchen zu attestieren, dass dieser Vorwurf heute nicht mehr erhoben wird. Allerdings handelt es sich um ein einmal in die Welt gesetztes *Vorurteil*. Über die Wirkungen von Vorurteilen habe ich oben bereits referiert.<sup>5</sup> Selbst wenn der Vorwurf, Christusmörder zu sein, bereits seit möglicherweise sehr langer Zeit nicht mehr erhoben wird, könnte er im Unterbewusstsein der Menschen noch immer eine Rolle spielen.

Nach jüdischer Überlieferung (und demzufolge jüdischem Glauben) schloss Gott (Jahwe) einst einen Bund mit dem „Volk Israel“. Dieses durfte sich folglich als das „Volk Gottes“ begreifen. Sich als solches zu begreifen kann auch bedeuten, sich gegenüber anderen „Völkern“ (in diesem Fall auch anderen Religionen) herausgehoben zu fühlen (oder, dass diese Einstellung den Angehörigen der betreffenden Religion von anderen zugewiesen wird). *Ich unterstelle mit dieser Feststellung keinem Menschen jüdischen Glaubens, dieses Gefühl zu hegen oder gar „vor sich herzutragen“.* Es soll lediglich auf ein psychologisches Moment hingewiesen werden, das bei der Entwicklung des Hasses auf Juden mitschwingen könnte. Hier macht sich – ebenso wie beim ersten unter diesem Punkt angesprochenen Aspekt – die von mir ebenfalls bereits erwähnte gesellschaftlich negative Funktion von Religion(en) bemerkbar: Kommen Anhänger verschiedener Religionen in einer je gegebenen Gesellschaft miteinander in Berührung, so kommt es sehr häufig zu Konflikten. Da Menschen offenbar nicht von Natur aus darauf pro-

---

<sup>5</sup> vgl. 1. auf S. 6

grammiert sind, Konflikte gewaltfrei auszutragen, sind offenbar auch in zivilisierten Gesellschaften auf religiösen Unterschieden beruhende Gewaltakte zwischen Menschen verschiedener religiöser Bekenntnisse nicht auszuschließen.

**Um es noch einmal deutlich zu machen: Es geht mir mit den vorstehend aufgeführten, in vier Punkten zusammengefassten Erwägungen um *Erklärungsversuche*. Es handelt sich *nicht um Rechtfertigungen für Gewalt* (gleich welcher Qualität)! Gewalt gegen Menschen hat in der deutschen Gesellschaft tabu zu sein. Und: Gewalt darf niemals mit Gegengewalt (ich rede hier nicht von Notwehr<sup>6</sup>) beantwortet werden!**

## **E. Was ist zu tun?**

Die deutsche Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren verändert. In den Jahren 2014/15 kamen aufgrund von politischen Krisen in mehreren Teilen der Welt viele Schutz suchende Menschen nach Deutschland. Dies hat in Teilen der deutschen Bevölkerung zu Ängsten geführt; inwieweit diese berechtigt oder unberechtigt waren bzw. immer noch sind, kann nach meiner persönlichen Einschätzung bei der Erörterung des hier diskutierten Problems dahinstehen. Tatsache ist jedoch, dass diese Ängste seitens der politisch führenden Kräfte nicht hinreichend ernst genommen wurden. Dies wiederum führte dazu, dass sie von Kräften, die aus anderen Gründen mit der Politik der Bundesregierung unzufrieden waren, aufgegriffen und für ihre Zwecke ausgenutzt wurden. Dieser Effekt wurde durch den Umstand verstärkt, dass durch die beschriebenen weltpolitischen Krisen der islamistische Terrorismus<sup>7</sup> zu einer Gefahr wurde. Das gab den erwähnten politischen Kräften die Möglichkeit, Vorbehalte gegenüber allem Fremden zu schüren und insbesondere den moslemischen Glauben als solchen für von hierher gekommenen Menschen verübte Gewalttaten verantwortlich zu machen. Dies führte u.a. zu der Forderung, den Neubau von Moscheen zu verbieten, was selbstverständlich eine Infragestellung der Religionsfreiheit und damit eines zentralen Teils des Grundgesetzes bedeutete. Die in der politischen Auseinandersetzung von diesen Kräften verwendete Sprache wurde zunehmend eine solche der Verrohung und des Hasses.

Gleichzeitig führte die vom islamistischen Terror ausgehende Gefahr zu einer Vernachlässigung derjenigen, die von rechtsradikal gesinnten Menschen bzw. Gruppen

---

<sup>6</sup> „Notwehr“ ist hier wörtlich gemeint: sie kann nur von einem unmittelbar angegriffenen Opfer geleistet werden, nicht aber – wie bestimmte politische Kräfte suggerieren möchten – von einer Gesellschaft.

<sup>7</sup> Wichtig ist hier „islamistisch“; mit diesem Wort wird verdeutlicht, dass es sich um radikale Auswüchse des Islam handelt, die mit dem eigentlichen moslemischen Glauben nur schwer oder sogar gar nicht zu rechtfertigen sind.

mehr oder weniger unverändert ausging. Im Gefolge der Abwehr islamistischen Terrors und der damit verbundenen Zunahme der Vorbehalte gegenüber Zuwanderung und Zuwanderern konnten sich diese Kräfte sogar immer weiter in der Gesellschaft etablieren. Diese Entwicklung wurde von den Sicherheitsbehörden nicht immer in hinreichendem Maße bemerkt. Hinzu könnte kommen, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der zugewanderten Menschen aus Ländern stammt, in deren Gesellschaften (z.T. extreme) judenfeindliche Einstellungen an der Tagesordnung sind. Allerdings ist andererseits festzuhalten, dass nach meinem Eindruck (mir fehlen hierzu allerdings kriminalstatistische Zahlen) die von diesen Menschen ausgehenden Übergriffe auf jüdische Bürger gegenüber denen deutscher Rechtsextremisten deutlich in der Minderzahl sind.

Das Entsetzen war groß, als im Juni 2019 ein politisch hochrangiger Kritiker der Kräfte, die sich gegen weitere Zuwanderung aussprechen, auf der Terrasse seines eigenen Hauses mit Kopfschüssen regelrecht hingerichtet wurde. Der Täter, der lange Zeit in der rechtsradikalen Szene unterwegs gewesen, dann aber „abgetaucht“ war, erhielt nach seiner Tat im „Netz“ regelrechten Beifall – auch von Politikern der oben erwähnten Kräfte, die z.T. in Parteifunktionen tätig waren (und nach meiner Kenntnis immer noch sind). Zudem wurde erst vor wenigen Tagen in einer Fernsehsendung öffentlich, dass die entsprechenden Hasskommentare noch immer im Netz stehen.<sup>8</sup> Kaum Beachtung fand ein Vorfall in einer süddeutschen Stadt, bei der ein aus Eritrea stammender Mann auf offener Straße von einem Deutschen beschossen wurde und nur knapp mit dem Leben davonkam.<sup>9</sup> Als aber ein aus der Schweiz eingereister Eritreer im Frankfurter Hauptbahnhof eine Mutter und ihren achtjährigen Sohn vor einen einfahrenden ICE stieß, wobei das Kind ums Leben kam, wurde sofort auf die Herkunft des Täters abgestellt, obwohl rasch klar wurde, dass psychische Probleme des Mannes (und nicht seine Herkunft) ausschlaggebend für die Tat waren.

Nun also Halle. Es ist aus meiner Sicht nachvollziehbar, dass den zuvor beschriebenen politischen Kräften zwar keine strafrechtliche, sehr wohl aber eine moralische Schuld an diesem Geschehen zugewiesen wird. Von einem Wortführer dieser Kräfte wird jedoch vollmundig erklärt, in der von ihm vertretenen Partei gebe es keinen Antisemitismus. Zu dieser Ablenkungstaktik passt auch, dass die eine stellvertretende Fraktionsvorsitzende der fraglichen Partei in der Debatte des Deutschen Bundestages über Maßnahmen zu besserer Bekämpfung des Rechtsradikalismus am 17. Oktober 2019 Beispiele anführt, dass durch palästinensische Attentate (Olympia 1972)

---

<sup>8</sup> ARD-Sendung „Hart aber fair“ vom 14.10.2019.

<sup>9</sup> Um den Rahmen dieser Ausarbeitung nicht zu sprengen, lasse ich ebenso wichtige Ereignisse wie etwa die NSU-Morde außen vor. Sie gehören aber gleichwohl in diese Betrachtung mit hinein.

oder die RAF (Entführung des Lufthansa-Jets „Landshut“ 1977) Menschen jüdischen Glaubens getötet wurden, um anschließend wegen der unter linken Parteien verbreiteteren Kritik an der Politik des Staates Israel von „linksliberalem Antisemitismus“ zu sprechen. Vergessen wird von diesen Politikern gerne, dass es der Vorsitzende der Bundestagsfraktion dieser Partei war, der die Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland einmal als „Vogelschiss der Geschichte“ bezeichnet hat (was in meinen Augen eine Verhöhnung der Millionen Opfer dieser Herrschaft darstellt). Und ganz aktuell – als Reaktion auf den Anschlag von Halle – stellt ein Abgeordneter des Sächsischen Landtags, der ebenfalls dieser Partei angehört, auf Facebook die Frage: „Was ist schlimmer, eine beschädigte Synagogen tür oder zwei getötete Deutsche?“, um im weiteren Verlauf des Beitrags auch noch in Zweifel zu ziehen, dass es sich bei dem Täter um einen „Rechtsradikalen“ gehandelt habe. Begründung: Ein Rechtsradikaler würde doch wohl kaum auf „Volksgenossen“ schießen.<sup>10</sup>

Diese Ausführungen verdeutlichen Handlungsbedarf. Zu allererst muss dem allgemein sowohl in der Sprache einiger Politiker als auch (und noch viel mehr) im „Netz“ anzutreffenden Hass entgegengewirkt werden. Selbst wenn sich die Sprache der hier in Bezug genommenen Politiker nur selten als offen antijüdisch bzw. antisemitisch entlarven lässt, so ist sie jedoch oft von Hass gegen alles Fremde, ja sogar gegen Andersdenkende geprägt. Diese Sprache ist durch diese Politiker in den letzten Jahren hoffähig geworden, und dies hat jedenfalls einen Beitrag zur Enthemmung geleistet (den ich hier nicht quantifizieren möchte). Einen weiteren, womöglich noch entscheidenderen Beitrag hierzu liefert die Anonymität des „Netzes“: Hier muss man in vielen Foren seinen wahren Namen nicht preisgeben – und kann so hemmungslos hetzen. Die Möglichkeiten, diese Hetzer ausfindig zu machen und – soweit die Beiträge strafrechtlich relevante Inhalte enthalten – zu belangen, sind derzeit verschwindend gering. Auch die Justiz beweist bisweilen ihre Unfähigkeit: So werden rechtsradikale Vergehen häufig mit lächerlich geringen (Bewährungs-)Strafen geahndet. Hinzu kommen regelrechte Drohungen (bis hin zu Morddrohungen) auch gegenüber Inhabern öffentlicher Ämter (z.B. Bürgermeister, aber auch Bundestagsabgeordneten), verbunden mit z.T. wüstesten Beleidigungen. Über solche urteilte unlängst das Berliner Landgericht, sie seien zwar für die Betroffenen nur schwer zu ertragen, seien aber vom grundgesetzlich garantierten Recht auf Meinungsfreiheit gedeckt.

Wenn es nicht gelingt, dieser Auswüchse im Sprachgebrauch und der ungehemmten Hetze im „Netz“ Herr zu werden, wenn es nicht gelingt, Webseiten mit Hasscharakter

---

<sup>10</sup> Eine Reaktion meinerseits auf diesen Post finden Sie auf meiner Homepage [www.kuehlerkopf.de/politik\\_und\\_gesellschaft.html](http://www.kuehlerkopf.de/politik_und_gesellschaft.html)

und Verschwörungstheorien so weit wie nur irgend mit den Mitteln des Rechtsstaates möglich zurückzudrängen und aus dem „Netz“ zu nehmen, dann werden wir den Kampf gegen Rechtsextremismus und damit auch gegen den Antisemitismus verlieren. Dann, so fürchte ich, werden wir möglicherweise trotz aller Vorsichtsmaßnahmen und -maßregeln, die die Väter und Mütter des Grundgesetzes in dieses eingebaut haben, den Kampf für den Erhalt unseres demokratischen Rechtsstaats verlieren. Wir dürfen es nicht länger zulassen, dass die Feinde dieses demokratischen Rechtsstaates den Ruf der friedlichen Revolution von 1989 „Wir sind das Volk!“, für sich reklamieren und die Notwendigkeit einer „Wende 2.0“ propagieren.

**Wir, die von der Notwendigkeit und den Möglichkeiten eines demokratischen Rechtsstaats überzeugten Bürgerinnen und Bürger, müssen aufstehen! Jeder und jede Einzelne von uns muss mit den ihr oder ihm zur Verfügung stehenden Mitteln deutlich machen, dass wir ein weltoffenes Deutschland behalten wollen, ein Deutschland, in dem Angst und Hass keinen Platz haben darf.**

Wie das im Einzelnen geschehen soll, haben die verantwortlichen Politiker/innen zu entscheiden. Aber wir, jede/r Einzelne, können ihnen Vorschläge machen, ihnen sagen oder schreiben, was wir wollen (und was wir nicht wollen). Und das sollten wir auch tun!!!

Düsseldorf, den 21.10.2019